



## **Keine populistische Verengung von Freiheitsrechten!**

**Erklärung des FORUM MENSCHENRECHTE vom 21.1.2022**

Seit dem Beginn der Corona-Pandemie, insbesondere aber in den letzten Monaten und Wochen, wurde in der öffentlichen Diskussion in Deutschland sowohl von manchen Politiker\_innen, Parteien als auch von Teilen der Medien und der Zivilgesellschaft der Eindruck erweckt, dass bisherige Corona-Schutzmaßnahmen mit unzulässigen Eingriffen in Freiheitsrechte des Einzelnen einhergegangen seien.

Anlässlich ihres Jahrestreffens kritisierten die Mitgliedsorganisationen des FORUM MENSCHENRECHTE dies als eine gefährliche Engführung von Menschenrechten, zu denen auch das Recht auf Gesundheit und das Recht auf Leben gehören.

Bei so genannten „Spaziergängen“ marschieren Impfskeptiker\_innen und Impfgegner\_innen durch unsere Städte. Bei vielen dieser „Spaziergänge“ sind Rechtsextreme und Neonazis beteiligt. Sie nutzen die Proteste, um Verschwörungserzählungen, antisemitische Parolen und Hass und Hetze zu verbreiten. Die Verunglimpfung von demokratischer Regierung und Rechtsstaat als „Diktatur“ ist zynisch gegenüber den Opfern von autokratischen und totalitären Systemen, die unter Repressionen bis hin zu Folter und Schießbefehlen auf Demonstrant\_innen leiden. Zunehmend kommt es zu Drohungen und Gewalt u.a. gegen Journalist\_innen und Polizist\_innen. Aus „Querdenker\_innen“ sind Querschläger\_innen geworden.

Es beunruhigt zutiefst, dass einige Vertreter\_innen von Politik und Zivilgesellschaft offensichtlich in den Corona-Schutzmaßnahmen die größte Bedrohung für Grund- und Freiheitsrechte sehen. Hingegen scheinen schwerwiegende, pandemiebegleitende Verletzungen der Menschenrechte, beispielsweise im Rahmen der weltweiten Zunahme von sozialer Ungleichheit oder angesichts des ungerechten weltweiten Zugangs zu Impfstoffen keine oder nur eine unwesentliche Rolle zu spielen.

Immer mehr engagierte Menschen stellen sich dieser populistischen Verengung und politischen Instrumentalisierung des Freiheitsbegriffes entgegen und bringen öffentlich zum Ausdruck, was die überwältigende Mehrheit in unserem Land vertritt:

Um Leben und Gesundheit aller sowie die gleichen Rechte der besonders gefährdeten Menschen zu schützen, muss der Staat Maßnahmen ergreifen. Die Maßnahmen müssen unter Berücksichtigung und Abwägung aller Grund- und Menschenrechte demokratisch beschlossen und verhältnismäßig sein. Die Menschenrechte sind und bleiben ein wichtiger Kompass in und aus der Coronakrise.

Das FORUM MENSCHENRECHTE begrüßt dieses bürgerschaftliche Engagement und fordert alle Menschen auf, dem Rechtspopulismus und -extremismus entschieden entgegenzutreten und auch denen zu widersprechen, die aus parteipolitischen oder anderen Gründen dieser Engführung von Grund- und Freiheitsrechten Vorschub leisten.

*Eine vorausgegangene, ausführliche Stellungnahme des Koordinationskreises des FORUM MENSCHENRECHTE vom 2. Dezember 2021 finden Sie [hier](#).*